



dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2021



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**Bürgerbefragung
„Öffentlicher Dienst“ 2021**

**Einschätzungen, Erfahrungen und
Erwartungen der Bürger**

30. August 2021
f21.0141/40634 Gü, Gl, Le

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Gutenbergstraße 2
10587 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage	2
1. Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung	3
1.1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates	3
1.2. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen	8
Hand 1.3. Das Beamtenprofil	9
1.4. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	10
2. Politische Stimmung im öffentlichen Dienst	12
2.1. Die wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung	12
2.2. Themen im Wahlkampf	14
2.3. Interesse für Politik	15
2.4. Zufriedenheit mit der Demokratie	16
2.5. Parteibindung und politische Selbsteinschätzung	18
2.6. Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien	20
2.7. Für die Wahlentscheidung wichtige Themenbereiche	24
2.8. Koalitionspräferenzen	26
2.9. Parteipräferenzen der öffentlich Bediensteten 2021	27

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2021 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Zusätzlich wurden in diesem Jahr im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl im September u.a. die Einstellungen der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten zu verschiedenen Themenbereichen, deren Einschätzung der Parteienkompetenzen und die Wahlabsicht der öffentlich Beschäftigten untersucht.

Die Erhebung für die Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst sowie die Befragung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten fand im Juli 2021 statt. Befragt wurden zum einen 2.006 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sowie zusätzlich 1.004 repräsentativ ausgewählte Beschäftigte im Öffentlichen Dienst (Beamte und Tarifbeschäftigte).

Wie bereits 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.Omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativem Panel mit derzeit rund 100.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger bzw. die befragten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung bzw. des Öffentlichen Diensts ab 14 Jahre in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen 15. „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ auch – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

1. Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

1.1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Im vergangenen Jahr war in der Corona-Krise mehr als die Hälfte der Bundesbürger (56 %) der Ansicht, dass der Staat in der Lage sei, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Dieses hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ging im Jahr 2021 wieder deutlich zurück. Der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, der Staat sei in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, sinkt von 56 auf 45 Prozent. Trotz des deutlichen Vertrauensrückgangs haben aber immer noch mehr Bürger Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates als vor Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2019.

Dass der Staat überfordert sei, meinen eher Ost- als Westdeutsche, eher ältere als jüngere Bürger, eher Hauptschüler als Befragte mit Abitur oder Studium und vor allem Anhänger der Linke, der FDP und der AfD, von denen 89 Prozent meinen, der Staat könne seine Aufgaben nicht erfüllen.

▪ Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

		Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme	
		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert *)
		_____ %	_____ %
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51
Ost		41	54
West		46	50
18- bis 29-Jährige		46	47
30- bis 44-Jährige		48	51
45- bis 59-Jährige		46	50
60 Jahre und älter		42	52
Arbeiter		42	54
Angestellte		44	53
Selbständige		38	58
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt		57	39
- Beamte		64	32
- Tarifbeschäftigte		53	44
Hauptschule		44	52
mittlerer Abschluss		45	50
Abitur, Studium		61	35
Anhänger der:	CDU/CSU	57	40
	SPD	58	37
	Grüne	54	41
	Linke	42	55
	FDP	31	67
	AfD	11	89

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten eine Vielzahl von Bereichen.

Jeweils 20 Prozent der Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, sind der Ansicht, der Staat sei vor allem mit der Bewältigung der Corona-Krise bzw. dem Klima- und Umweltschutz überfordert. 19 Prozent sehen den Staat im Bereich der Schul- und Bildungspolitik, 15 Prozent im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik als überfordert an.

Jeweils 11 Prozent sehen eine Überforderung des Staates bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente oder bei der sozialen Gerechtigkeit, jeweils 10 Prozent bei der inneren Sicherheit und der Gesundheitsversorgung.

Deutlich häufiger als noch im letzten Jahr sehen die Befragten beim Staat vor allem eine Überforderung im Bereich Klima- und Umweltschutz.

▪ Überforderung des Staates *)

Der Staat ist bei folgenden: Aufgaben überfordert	2019 %	2020 %	2021 **) %
Corona-Krise	-	16	20
Klima- und Umweltschutz	13	10	20
Schul- und Bildungspolitik	24	22	19
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20	15
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12	11
soziale Gerechtigkeit	11	9	11
innere Sicherheit	17	14	10
Gesundheitsversorgung	12	11	10
Steuer- und Finanzpolitik	7	10	8
Justiz und Rechtsprechung	7	9	8
Digitalisierung	4	4	8
Infrastruktur	7	5	6
Verkehrspolitik	5	4	6
Demokratie- und Wertevermittlung	1	4	6
Wirtschaftspolitik	1	7	5
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6	6	4
Lobbyismus	2	3	4
Verwaltung, kommunale Behörden	4	2	4
Bürokratieabbau	7	2	4
Energiepolitik bzw. Energiewende	2	1	4
Kinderbetreuung	7	3	3
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7	3	3
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3	3
Lage am Arbeitsmarkt	4	4	2
Überforderung generell	6	4	6
sonstiges	6	5	3
weiß nicht	20	14	16

*) Basis: Befragte, den Staat als überfordert ansehen

**) offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Nach wie vor glaubt auch nur eine Minderheit der Befragten (15 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den letzten Jahren größer geworden sei. 41 Prozent sehen hier keine Veränderung zu den Vorjahren, 38 Prozent meinen, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei geringer geworden.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren geringer geworden ist, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der FDP sowie insbesondere der AfD.

▪ Meinungen zur Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

		größer %	gleich groß %	geringer *) %
insgesamt	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
	2021	15	41	38
Öffentlich Beschäftigte:				
- insgesamt		27	40	29
- Beamte		31	42	24
- Tarifbeschäftigte		24	39	32
Anhänger der:				
	CDU/CSU	16	45	36
	SPD	21	44	31
	Grüne	15	45	31
	Linke	16	36	41
	FDP	10	39	48
	AfD	5	32	56

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

1.2. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen vorgegeben mit der Bitte, diese Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Am besten schneidet wie bereits in den letzten Jahren die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,8 ab. Es folgen die Bibliotheken (1,9), Museen (1,9) und die Kindergärten (2,2).

Landes- und Bundesministerien (3,4 bzw. 3,6), Sozialämter (3,2) sowie Arbeitsämter (3,4) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich an der Einschätzung der Bewertung kaum etwas geändert. Den größten Unterschied weisen die Landes- und Bundesministerien auf, die im Vergleich zum letzten Jahr im Durchschnitt um 0,3 bzw. 0,4 Punkte schlechter bewertet werden.

▪ Bewertung einzelner Behörden *)

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)		Veränderung 2020-2021
	2020	2021	
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,7	1,8	- 0,1
Bibliotheken	1,9	1,9	0
Museen	2,0	1,9	+ 0,1
Kindergärten	2,2	2,2	0
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,4	- 0,1
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,4	- 0,1
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	0
Krankenhäuser	2,4	2,5	- 0,1
Sozialversicherung	2,7	2,8	- 0,1
Gerichte	2,8	2,8	0
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,9	- 0,1
Finanzämter	2,8	2,9	- 0,1
Schulen	2,9	3,0	- 0,1
Sozialämter	3,2	3,2	0
Landesministerien	3,1	3,4	- 0,3
Arbeitsämter	3,3	3,4	- 0,1
Bundesministerien	3,2	3,6	- 0,4

1.3. Das Beamtenprofil

Die Bundesbürger wurden auch im Sommer 2021 anhand einer Liste um eine Einschätzung gebeten, welche Eigenschaften sie Beamten zuschreiben würden und welche eher nicht.

Beamte werden nach wie vor insbesondere als pflicht- und verantwortungsbewusst (68 bzw. 64 %), als zuverlässig (58 %), rechtschaffen (57 %), als hilfsbereit und kompetent (jeweils 55 %) angesehen. 40 Prozent nehmen die Beamten als unbestechlich, 19 Prozent als flexibel wahr.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten nach wie vor am ehesten das Attribut „stur“ zugeschrieben (47 %). Nur jeweils eine Minderheit sieht beamte als mürrisch (30 %), arrogant (28 %), ängstlich (21 %), überflüssig (20 %), ungerecht (16 %) oder schlecht (9 %) an.

Alles in allem haben 2021 die eher negativen Bewertungen etwas zugenommen, während die eher positiven Bewertungen tendenziell eher etwas zurückgegangen sind.

▪ Das Beamtenprofil 2021

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung zu 2020
	%	%	%	%	%	%	%	%	
pflichtbewusst	75	76	78	75	77	71	70	68	- 2
verantwortungsbewusst	70	71	72	74	76	66	64	64	0
zuverlässig	66	67	70	75	72	64	61	58	- 3
rechtschaffen	67	67	70	72	70	61	57	57	0
hilfsbereit	57	59	66	68	68	58	58	55	- 3
kompetent	59	60	64	71	66	59	56	55	- 1
unbestechlich	37	38	45	54	51	44	41	40	- 1
flexibel	28	28	34	31	25	24	20	19	- 1
stur	54	51	48	40	44	45	42	47	+ 5
mürrisch	-	-	-	31	32	31	29	30	+ 1
arrogant	41	40	33	30	32	31	25	28	+ 3
ängstlich	20	20	20	19	18	18	21	21	0
überflüssig	24	22	20	16	16	18	16	20	+ 4
ungerecht	26	21	20	18	16	17	16	16	0
schlecht	-	-	-	8	7	7	5	9	+ 4

1.4. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2007 wird jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen mit der Bitte vorgegeben, jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

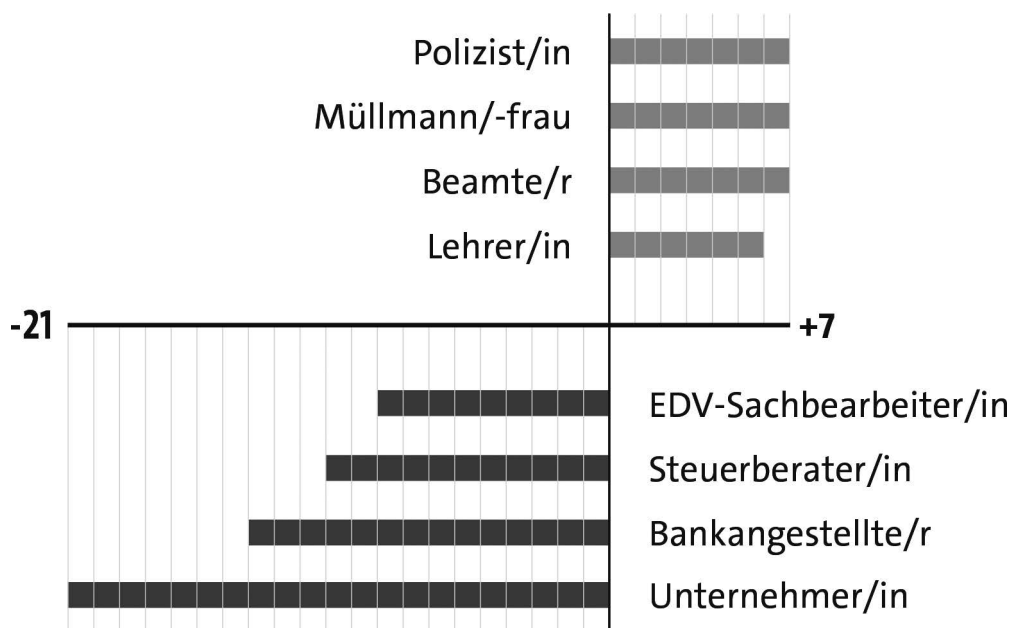
Nach wie vor wird das „Beruferanking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, die bei 94 Prozent ein hohes Ansehen haben. Es folgen Ärztinnen und Ärzte (88 %), Kranken- und Altenpfleger/innen (89 bzw. 87 %) sowie Polizistinnen/Polizisten (85 %).

Von „Beamtinnen“ und „Beamten“ haben derzeit 34 Prozent der Befragten – etwas weniger als im letzten Jahr – ein hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits in den letzten Jahren die Mitarbeiter in einer Werbeagentur bzw. die Versicherungsvertreter.

Einen Vertrauenszuwachs von 4 oder mehr Prozentpunkten können in diesem Jahr die Piloten bzw. Pilotinnen und die EDV-Sachbearbeiter/-innen (jeweils +4 Prozentpunkte) sowie die Soldat/-innen (+ 7 Prozentpunkte) verzeichnen.

"Gewinner" und "Verlierer" im Beruferanking seit 2007



▪ Ansehen einzelner Berufsgruppen *)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung zu:	
	%	%	%	%	%	%	2020	2007
Feuerwehrmann	90	96	94	94	93	94	+ 1	+ 4
Arzt/Ärztin	86	89	89	88	87	88	+ 1	+ 2
Krankenpfleger/in **)	85	88	89	87	87	89	+ 2	+ 4
Altenpfleger/in	-	-	-	86	86	87	+ 1	-
Polizist/in	78	87	87	84	82	85	+ 3	+ 7
Erzieher/in im Kindergarten/Kita	-	85	83	80	78	81	+ 3	-
Richter/in	77	79	79	78	67	69	+ 2	- 8
Müllmann/ -frau	63	73	75	72	70	70	0	+ 7
Hochschulprofessor/in	-	76	74	69	70	67	- 3	-
Pilot/in	-	75	78	71	62	66	+ 4	-
Förster/in	-	61	62	58	61	62	+ 1	-
Lehrer/in	63	75	73	68	67	69	+ 2	+ 6
Briefträger/in	52	61	63	52	54	52	- 2	0
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/in	-	64	67	59	62	65	+ 3	-
Lokführer/in	-	67	67	60	62	60	- 2	-
Techniker/in	-	69	66	60	64	67	+ 3	-
Justizvollzugsbeamte/r	-	63	63	58	55	55	0	-
Unternehmer/in	61	55	54	41	42	40	- 2	- 21
Journalist/in	47	51	50	40	42	41	- 1	- 6
Soldat/in	-	61	56	53	46	53	+ 7	-
Studienrat/Studienrätin	53	53	54	47	45	45	0	- 8
Steuerberater/in	47	42	40	36	36	36	0	- 11
Beamte/r	27	38	39	34	37	34	- 3	+ 7
EDV-Sachbearbeiter/in	43	40	39	33	30	34	+ 4	- 9
Steuerbeamter/in	28	33	31	28	25	25	0	- 3
Gewerkschaftsfunktionär/in	23	29	29	25	25	27	+ 2	+ 4
Politiker/in	20	25	21	16	24	22	- 2	+ 2
Bankangestellte/r	38	33	31	24	23	24	+ 1	- 14
Mitarbeiter/in einer Telefongesellschaft	19	18	17	13	13	13	0	- 6
Mitarbeiter/in einer Werbeagentur	18	12	13	10	11	10	- 1	- 8
Versicherungsvertreter/in	11	11	10	8	8	8	0	- 3

*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

**) bis 2018 Kranken- und Altenpfleger/in zusammengefasst

2. Politische Stimmung im öffentlichen Dienst

2.1. Die wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung

Während im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 das Thema Flüchtlinge und deren Integration (48 %) die Liste der Probleme, um die sich die neue Bundesregierung kümmern sollte, angeführt hat, ist in diesem Jahr der Umwelt- und Klimaschutz mit deutlichem Abstand (51 %) das Problem, um das sich nach Meinung der öffentlich Bediensteten die neue Bundesregierung vordringlich kümmern müsste.

Es folgen die Schul- und Bildungspolitik (17 %), die Bewältigung der Corona-Pandemie (17 %), die soziale Gerechtigkeit (15 %), die Flüchtlinge und deren Integration (13 %) sowie die Sicherung der Renten bzw. Pensionen und der Schutz vor Altersarmut (13 %).

Dass sich die neue Bundesregierung um den Klima- und Umweltschutz kümmern muss, darin sind sich die Beamten und Tarifbeschäftigten einig. In einigen anderen Bereichen unterscheiden sich die Problemeinschätzungen hingegen etwas. So meinen Beamte etwas häufiger, dass sich die neue Bundesregierung der Schul- und Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik annehmen muss. Die Tarifbeschäftigten sehen hingegen häufiger als Beamte im Bereich der Gesundheitspolitik einen Themenschwerpunkt der Arbeit der neuen Bundesregierung.

- Die wichtigsten Probleme, um die sich die neue Bundesregierung kümmern muss

Die wichtigsten Probleme, um die sich die neue Bundesregierung kümmern sollte, sind:	Öffentlich Beschäftigte: *)			
	insgesamt		Beamte	Tarif-
	2017	2021		beschäftigte
	%	%	%	%
- Umwelt- und Klimaschutz	17	51	53	50
- Schul- und Bildungspolitik	22	17	21	15
- Bewältigung der Corona-Pandemie	-	17	16	17
- Soziale Gerechtigkeit	18	15	13	16
- Flüchtlinge, Integration	48	13	15	12
- Rentensicherung, Altersarmut	16	13	11	14
- Steuer- und Finanzpolitik	6	12	13	11
- Gesundheitspolitik, -versorgung, Pflege	8	11	6	14
- Wirtschaftspolitik	10	11	16	7
- Digitalisierung	-	9	10	8
- Energiewende	3	8	9	7
- Verkehrspolitik	3	8	10	6
- Lage am Wohnungsmarkt	3	6	6	6
- innere Sicherheit, Terrorbekämpfung, Kriminalität	15	5	8	4
- Infrastruktur	5	4	5	3
- Ausbau des Hochwasser- und Katastrophenschutzes	-	3	4	3
- Bekämpfung von Rassismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus	-	3	3	4
- Lage am Arbeitsmarkt, Sicherung der Arbeitsplätze	11	3	4	3
- Gesellschaftliche Spaltung, Zusammenhalt	-	3	2	3
- faire Bezahlung	7	2	1	3

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.2. Themen im Wahlkampf

Zwei Drittel (66 %) der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten gehen davon aus, dass im Wahlkampf zur Bundestagswahl der Umwelt- und Klimaschutz eine besonders wichtige Rolle spielen wird.

35 Prozent meinen das von der Corona-Pandemie, 11 Prozent von der Wirtschaftspolitik.

- Die wichtigsten Themen im Wahlkampf

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl wird eine besonders wichtige Rolle spielen:	insge-*)	Beamte	Tarif-
	samt		beschäftigte
	%	%	%
- Umwelt- und Klimaschutz	66	73	62
- Bewältigung der Corona-Pandemie	35	37	33
- Wirtschaft	11	12	10
- Steuer- und Finanzpolitik	8	6	9
- Flut- und Wetterkatastrophen	8	8	7
- Asyl- und Flüchtlingspolitik	5	6	4
- soziale Gerechtigkeit	5	5	5
- Rentenpolitik	4	4	5
- Energiewende	4	4	4
- Bildungspolitik	4	4	3
- Gesundheitspolitik	4	3	4
- Verkehrswende	3	2	3

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.3. Interesse für Politik

49 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst interessieren sich stark oder sogar sehr stark für Politik. 41 Prozent interessieren sich etwas und 9 Prozent wenig für Politik. Damit ist das Interesse der öffentlich Beschäftigten an Politik geringer als das der Wahlberechtigten insgesamt.

Beamte interessieren sich in deutlich stärkerem Maße für Politik als Tarifbeschäftigte.

Im Vergleich zum letzten Bundestagswahljahr 2017 interessieren sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst aktuell etwas seltener für das politische Geschehen.

- Interesse für Politik

		Es interessieren sich für Politik		
		stark	mittel	wenig bzw. *) gar nicht
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
Bundesbürger insgesamt **)		54	38	7
Öffentlich Bedienstete insgesamt:				
	2017	54	36	9
	2021	49	41	9
Beamte		59	36	5
Tarifbeschäftigte		42	45	12
Anhänger der:				
	CDU/CSU	50	40	10
	SPD	52	41	7
	Grüne	61	33	6
	Linke	49	39	12
	FDP	45	48	7
	AfD	62	35	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) forsa-Wahlstudie 2021

2.4. Zufriedenheit mit der Demokratie

Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, ist etwas mehr als die Hälfte (55 %) der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zufrieden. Bei den Beamten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland deutlich größer als bei den Tarifbeschäftigten.

Die Demokratiezufriedenheit der Öffentlich Bediensteten (sowohl der Beamten als auch der Tarifbeschäftigten) ist größer als bei den Bundesbürgern insgesamt, von denen 48 Prozent mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind.

Die öffentlich Bediensteten in den neuen Bundesländern sind mit dem demokratischen System in Deutschland weniger zufrieden als die öffentlich Bediensteten in den alten Bundesländern. Damit zum Teil korrespondierend sind auch die in den neuen Ländern zahlreicheren Anhänger der Linkspartei sowie die Anhänger der FDP mit der Demokratie weniger zufrieden als der Durchschnitt aller Beamten und Tarifbeschäftigten.

Extrem unzufrieden sind die AfD-Anhänger im öffentlichen Dienst.

▪ Zufriedenheit mit der Demokratie

		Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden *)
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
Bundesbürger insgesamt **)		48	36	17
Öffentlich Bedienstete insgesamt				
	2017	67	25	6
	2021	55	33	12
Beamte		58	32	10
Tarifbeschäftigte		41	43	16
Ost		46	38	17
West		56	32	11
Anhänger der:				
	CDU/CSU	68	30	2
	SPD	70	26	4
	Grüne	72	24	4
	Linke	30	54	12
	FDP	48	38	14
	AfD	9	25	66

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) forsa-Wahlstudie 2021

2.5. Parteibindung und politische Selbsteinschätzung

80 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben eine längerfristige Bindung an eine bestimmte Partei: 28 Prozent neigen der CDU/CSU, 16 Prozent der SPD, 21 Prozent den Grünen, 5 Prozent der Linkspartei, 6 Prozent der FDP und 4 Prozent der AfD zu.

17 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst neigen keiner Partei zu.

Beamte neigen in etwas stärkerem Maße als die Tarifbeschäftigten der CDU/CSU zu, Tarifbeschäftigte hingegen eher den Grünen.

Die in den neuen Bundesländern im Öffentlichen Dienst Beschäftigten neigen eher als die in den alten Ländern Beschäftigten zur Linkspartei, zur FDP sowie zur AfD. Die in den alten Bundesländern im Öffentlichen Dienst Beschäftigten neigen hingegen eher als die Beschäftigten in den neuen Ländern zur SPD und vor allem zu den Grünen.

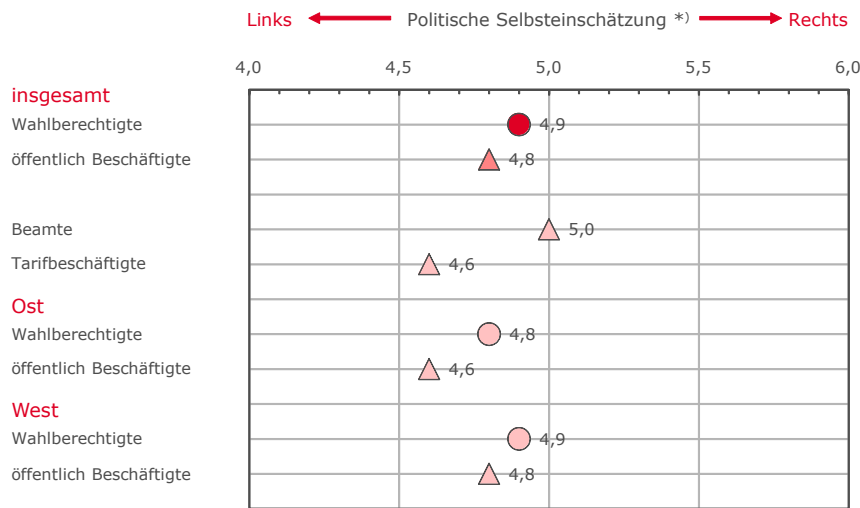
▪ Parteibindung

	Es neigen einer bestimmten Partei zu							
	ja, und zwar:							nein %
	CDU/ CSU %	SPD %	Grüne %	Linke %	FDP %	AfD %	sonstige Partei %	
Öffentlich Beschäftigte insgesamt	28	16	21	5	6	4	3	17
Beamte	36	15	17	3	6	6	2	16
Tarifbeschäftigte	24	17	23	6	5	3	3	18
Ost	30	13	13	9	10	9	5	11
West	28	17	22	4	5	4	2	18

Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 „links“ und 10 „rechts“ bedeutet, verorten sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bei einem Wert von 4,8 in der Mitte des politischen Spektrums und damit exakt so wie die Bundesbürger insgesamt.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der politischen Selbsteinschätzung zwischen den Beamten und den Tarifbeschäftigten: Die Beamten verorten sich im politischen Spektrum deutlich „rechter“ als die Tarifbeschäftigten.

■ Politische Selbsteinschätzung



*) ermittelt anhand einer Skala von 1 („links“) bis 10 („rechts“); dargestellt ist jeweils der Mittelwert

2.6. Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien

Die befragten öffentlich Bediensteten wurden gebeten, bei 13 Politik- und Aufgabenbereichen anzugeben, welche Partei ihrer Einschätzung nach am ehesten geeignet sei, das jeweilige Problem oder die jeweilige Aufgabe zu lösen.

Der CDU/CSU wird von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst am ehesten der Erhalt der äußeren und die Gewährleistung der inneren Sicherheit zugetraut.

Der SPD trauen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst am ehesten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung zu.

Die Lösung der Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes wird vor allem den Grünen zugetraut.

▪ Einschätzung der Problemlösungskompetenzen der einzelnen Parteien

Am ehesten geeignet, das Problem zu lösen, ist:

	CDU/ CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	sonstige Partei	keine Partei
	%	%	%	%	%	%	%	%
- Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems	21	21	15	6	9	3	1	24
- langfristige Sicherung der Renten und Pensionen	28	24	5	7	7	3	1	25
- Sicherung der sozialen Gerechtigkeit	13	25	12	16	5	3	1	25
- Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung	27	27	13	6	5	3	1	18
- Gewährleistung der inneren Sicherheit	54	9	5	2	5	8	1	16
- Umwelt- und Klimaschutz	11	4	61	1	3	2	1	17
- Einwanderung und Integration	27	14	16	5	5	14	1	18
- Erhalt der äußeren Sicherheit	54	10	4	1	3	6	0	22
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	27	28	7	7	9	3	0	19
- Bewältigung der negativen Folgen der Globalisierung	21	10	27	5	6	4	1	26
- Verbesserung der Infrastruktur im Land	32	11	18	2	13	3	1	20
- Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung	38	15	4	2	12	3	1	25
- Bewältigung der Folgen der Corona-Krise	34	14	11	1	6	4	1	29

Hinsichtlich der Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien für Belange des öffentlichen Dienstes traut fast die Hälfte der öffentlich Bediensteten (47 %) keiner Partei zu, dass sie für Anerkennung und Respekt des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit sorgen kann. Dass sich irgendeine Partei für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst bzw. für eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Diensts einsetzt, das glauben ebenfalls relativ viele (45 bzw. 39 %) der Befragten nicht.

Dass sich eine Partei für die Belange der im öffentlichen Dienst Beschäftigten einsetzt, trauen die öffentlich Bediensteten, die überhaupt irgendeiner Partei entsprechende Kompetenzen zutrauen, insgesamt am ehesten dann noch der Union zu.

▪ Parteienkompetenz für Belange des Öffentlichen Dienstes I

	Es kann am besten sorgen für		
	eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst	Anerkennung und Respekt des öffentlichen Diensts in der Öffentlichkeit	eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Diensts
	%	%	%
CDU/CSU	26	25	26
SPD	21	16	15
Grüne	3	3	4
Linke	4	2	2
FDP	4	3	4
AfD	2	3	3
sonstige Partei	1	1	1
keine Partei	39	47	45

Bei der Einschätzung der Stellung der Parteien zum Öffentlichen Dienst zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den Beamten und den Tarifbeschäftigten. Dass sie sich in besonderem Maße um die Belange des Öffentlichen Dienstes kümmern, trauen von den Tarifbeschäftigten generell mehr als von den Beamten keiner Partei zu.

Wenn sich eine Partei um die Belange des Öffentlichen Dienstes überhaupt kümmert, dann ist das nach Meinung der Beamten am ehesten die Union, nach Meinung der Tarifbeschäftigten am ehesten die SPD.

▪ Parteienkompetenz für Belange des Öffentlichen Dienstes II

	Es kann am besten sorgen für					
	eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst		Anerkennung und Respekt des öffentlichen Diensts in der Öffentlichkeit		eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Diensts	
	Beamte %	Tarif- beschäftigte %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
CDU/CSU	39	18	35	18	35	20
SPD	18	23	14	17	14	16
Grünen	3	3	2	3	5	3
Linke	1	5	1	3	3	2
FDP	4	4	4	3	5	3
AfD	2	2	4	2	4	2
sonstige Partei	0	1	1	1	1	1
keine Partei	33	44	39	53	33	53

Unterschiede in der Einschätzung, welche Partei sich um die Belange des Öffentlichen Dienstes kümmert, zeigen sich zudem zwischen den in den neuen und alten Bundesländern im Öffentlichen Dienst Beschäftigten. So ist er Anteil der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, die keiner Partei die Kompetenz zutrauen, sich um die Belange des Öffentlichen Dienstes zu kümmern – wenn auch nur in geringem Maße – in Westdeutschland größer.

Von den öffentlich Bediensteten in Ostdeutschland trauen mehr als von den öffentlich Bediensteten in Westdeutschland der Union zu, sich um die Belange des Öffentlichen Dienstes einzusetzen. Im Hinblick auf die SPD verhält es sich andersherum: Ihr trauen eher die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten in Westdeutschland als die in Ostdeutschland zu, sich um die Belange des Öffentlichen Dienstes zu kümmern.

▪ Parteienkompetenz für Belange des Öffentlichen Dienstes III

	Es kann am besten sorgen für					
	eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst		Anerkennung und Respekt des öffentlichen Diensts in der Öffentlichkeit		eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Diensts	
	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %	West %
CDU/CSU	31	25	30	24	29	25
SPD	14	22	11	17	12	16
Grüne	2	3	2	3	4	4
Linke	6	3	3	2	4	2
FDP	5	4	6	3	7	3
AfD	3	2	5	2	6	2
sonstige Partei	0	1	1	1	1	1
keine Partei	39	40	42	48	37	47

2.7. Für die Wahlentscheidung wichtige Themenbereiche

Den Befragten wurden 13 Themenbereichen mit der Bitte vorgegeben einzuschätzen, welche dieser Themenbereiche für die anstehende Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl den größten Einfluss haben.

84 Prozent der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten geben an, dass die Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung einen sehr großen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung habe. Ähnlich viele (83 %) sagen, dass die Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems ihre Wahlentscheidung sehr beeinflusst, 80 Prozent sagen dies für den Umwelt- und Klimaschutz, 79 Prozent für die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und jeweils 78 Prozent für die Bewältigung der Corona-Krise sowie für die langfristige Sicherung der Renten. Zwei Drittel (69 %) der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten erachten die Verbesserung der Infrastruktur als sehr einflussreiches Thema für ihre Wahlentscheidung.

Die Bewältigung der negativen Folgen der Globalisierung, die Einwanderung in Integration, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Erhalt der äußeren Sicherheit werden zwar von mehr als der Hälfte der Befragten als einflussreiches Thema für ihre Wahlentscheidung eingestuft, spielen aber im eine im Vergleich mit den anderen Problembereichen eine nicht sehr wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung. Am unwichtigsten werden die Begrenzung und der Abbau der Staatsverschuldung eingeschätzt.

In einigen Themenbereichen unterscheiden sich die Einschätzungen der Beamten und der Tarifbeschäftigten. Insbesondere schätzen die Tarifbeschäftigten die Wichtigkeit der Sicherung der sozialen Gerechtigkeit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung größer ein als die Beamten. Die Beamten hingegen schreiben der Begrenzung und dem Abbau der Staatsverschuldung einen höheren Stellenwert zu.

▪ Für die Wahlentscheidung wichtige Themenbereiche

Auf ihre Wahlentscheidung hat einen <u>sehr</u> großen Einfluss:	insge- samt %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
- Sicherung einer guten Gesundheits- Versorgung	84	80	86
- Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems	83	83	83
- Umwelt – und Klimaschutz	80	80	79
- Sicherung der sozialen Gerechtigkeit	79	74	83
- Bewältigung der Folgen der Corona-Krise	78	78	79
- langfristige Sicherung der Renten und Pensionen	78	77	79
- Gewährleistung der inneren Sicherheit	72	73	71
- Verbesserung der Infrastruktur im Land	69	71	68
- Bewältigung der negativen Folgen der Globalisierung	62	60	62
- Einwanderung und Integration	59	61	58
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	55	51	58
- Erhalt der äußeren Sicherheit	55	55	55
- Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung	40	44	37

2.8. Koalitionspräferenzen

Da mit Sicherheit auch bei der bevorstehenden Wahl zum Bundestag wie schon bei 18 der 19 bisherigen Bundestagswahlen keine Partei die absolute Mehrheit erhalten wird (nur 1957 gelang es der Union, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erhalten), wird es wieder eine Koalition zwischen mehreren Parteien geben müssen.

Von den öffentlich Bediensteten hätten 16 Prozent persönlich am liebsten eine Koalition der CDU, CSU und FDP. Ähnlich viel Zuspruch (15 bzw. 14 %) würde eine Koalition aus CDU, CSU und Grüne bzw. aus SPD, Grüne und Linke erhalten. 9 Prozent präferieren eine Koalition aus SPD und Grüne.

7 Prozent würden sich eine Fortsetzung der jetzigen Koalition aus CDU, CSU und SPD wünschen, jeweils 6 Prozent präferieren eine Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP sowie aus CDU, CSU, FDP und Grüne bzw. SPD, Grüne und FDP. 5 Prozent wäre eine Koalition aus Grüne, CDU und CSU am liebsten.

Das größte Verständnis für die Belange des Öffentlichen Dienstes hätte nach Meinung von 22 Prozent eine schwarz-gelbe Koalition.

▪ Koalitionspräferenzen

Koalition aus...	Persönlich wäre *) am liebsten	Das größte Verständnis *) für den Öffentlichen Dienst und dessen Belange hätte
	%	%
... CDU/CSU und FDP	16	22
... CDU/CSU, SPD und FDP	6	7
...CDU/CSU und Grüne	15	5
...CDU/CSU, FDP und Grüne	6	3
... CDU/CSU und SPD	7	14
... SPD und Grüne	9	8
... SPD, Grüne und Linke	14	9
... SPD, Grüne und FDP	6	2
...Grüne und CDU/CSU	5	1
... sonstige Koalition	7	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2.9. Parteipräferenzen der öffentlich Bediensteten 2021

- Parteipräferenzen der öffentlich Bediensteten 2021

		CDU/ CSU	SPD	Grünen	FDP	Linke	AfD	sonstige
		%	%	%	%	%	%	%
Januar/Februar	Wahlberechtigte insgesamt	36	15	19	7	8	8	7
	Öffentlich Bedienstete insgesamt	33	14	28	5	6	8	6
	Beamte	40	13	29	4	3	6	5
	Tarifangehörige	29	16	28	5	5	10	7
April/Mai	Wahlberechtigte insgesamt	24	15	25	12	6	10	8
	Öffentlich Bedienstete insgesamt	20	13	36	9	5	10	7
	Beamte	26	12	41	6	3	6	6
	Tarifangehörige	18	15	34	9	5	10	9
Juni/Juli	Wahlberechtigte insgesamt	29	15	20	12	6	10	8
	Öffentlich Bedienstete insgesamt	25	16	30	7	5	10	7
	Beamte	28	14	35	9	4	6	4
	Tarifangehörige	25	16	28	7	6	11	7
August	Wahlberechtigte insgesamt	22	22	19	12	6	10	9
	Öffentlich Bedienstete insgesamt	24	18	28	8	5	10	7
	Beamte	28	16	32	9	3	6	6
	Tarifangehörige	20	19	27	8	7	11	8